

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsredaktion
Tageblatt-Riesner
Hauptstr. 20
Postfach Nr. 22

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1534
Strotzasse
Riesa Nr. 22

Nr. 290.

Sonnabend, 14. Dezember 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabertages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 88 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Elben) 25 Gold-Pfennige; die 88 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennig, zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufsätze, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Abgang eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage "Wächter an der Elbe". — Im Falle überer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Rangier & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Grotzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Erklärungen der Parteien im Reichstag

Parteilührer-Verhandlungen über Finanzprogramm und Vertrauensformel.

Berlin, Freitag, 13. Dezember, 3 Uhr.
Auf der Tagesordnung der Freitag-Sitzung des Reichstages steht die

Besprechung der Erklärung der Reichsregierung.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsansprache wird ein deutschnationaler Antrag, die Redezeit auf zwei Stunden festzusetzen, abgelehnt. Entsprechend dem Vorschlag des Präsidenten beträgt die Redezeit eine Stunde.

Unter großer Heiterkeit erklärt Präsident Wöbe, Wortmeldungen seien bisher nicht eingegangen. Schließlich meldet sich der Abgeordnete Dr. Reubner (Komm.).

Abg. Dr. Reubner (Komm.) führt aus, die Regierung habe sich mit ihrem Finanzprogramm dem Diktat des Großkapitals gebeugt. Der eigentliche Diktator Deutschlands sei Reichsbankpräsident Schacht, der Repräsentant des raubgierigsten, rücksichtslosesten Unternehmertums. Die kommunistische Partei lehne den Youngplan ab, weil er einen Markstein bilde in dem internationalen kapitalistischen Zusammenstoß gegen Sowjet-Rußland. Das Finanzprogramm der Regierung enthalte ungeheure Stebesgaben an die besitzenden Klassen. Der sozialdemokratische Finanzminister habe die vom Reichsverband der Industrie in seiner Denkschrift aufgestellten Forderungen übernommen. Der Besitz werde entlastet, das werktätige Volk immer härter belastet. Gleichgültig macht Cevering sein Republikanismusgesetz, damit seine Schupo-Banden die hungernden Massen zurücktreiben können. (Präs. Wöbe rügt das Wort „Schupo-Banden“.)

Abg. Straßer (Nat.-Soz.) bezeichnet die gestrige Erklärung des Reichskanzlers als die Konturdeklaration des deutschen Reiches. Der Leiter einer Firma, die so bankrott wie das Deutsche Reich ist, würde wegen betrügerischen Bankrotts bestraft werden. Die Staatsmonopole werden von sozialistischen Ministern an das internationale Privatkapital veräußert. Reichsbankpräsident Schacht ist der Diktator des Reichstages. Wenn die Massen aufbegehren, dann kommt Verdringung mit seinem Republikanismusgesetz, das man besser Young-Schutzgesetz oder Juden-Schutzgesetz nennen sollte. Als der Redner die Regierung als „Volkverräter“ bezeichnet, erhält er einen Ordnungsruf.

Abg. Dr. Brüning (Ztr.) verweist in einer Erklärung auf die schon wiederholt vorgeschlagene Forderung seiner Fraktion, an das Wort der Rassenkammer ohne Rücksicht auf die Möglichkeit der Annahme des Youngplans heranzugehen. Eine großzügige Reform des Steuerwesens sei angesichts der augenblicklichen Steuerlasten, die die Wirtschaft, der mittlere und kleinere Gewerbestand und die Landwirtschaft zu tragen hätten, erforderlich. Die Lage der letzten zehn Monate sei zum großen Teil eine Folge der hohen Reparationslasten. Die wirtschaftliche und soziale Krise gebe einen Vorgeschmack von dem, was eine Dawes-Krise im Sinne Hagenbergs bedeuten würde. Die Rassenlage für den Monatsklus sei überaus ernst und zwingt zu sofortigen Maßnahmen. Es entpriehe aber nicht dem Ernst der Lage, wenn man diese Schwierigkeiten allein durch eine Auslandsanleihe beheben wollte. Sofortige Maßnahmen zur Senkung des Lebensbedarfs seien unbedingt erforderlich, und seine Fraktion stimme dem Memorandum des Reichsbankpräsidenten, soweit es sich auf diese Notwendigkeit beziehe, zu.

Für die hinter der Regierung stehenden Parteien wäre es schwer erträglich, wenn man sich auf die Zustimmung zu solchen Sofortmaßnahmen beschränken würde. Das Zentrum habe alles getan, um der Aufforderung des Reichskanzlers nachzukommen, und es habe sich geschlossen auf den Boden des Finanzprogramms der Regierung gestellt. Das hätten auch die anderen Parteien der Regierung an so leichter tun können, als der Reichskanzler darauf hingewiesen habe, daß über Einzelheiten des Finanzprogramms spätere Verhandlungen entscheiden müßten. Auch das Zentrum habe gegenüber Einzelheiten starke Bedenken, hoffe aber auf deren Beseitigung im Laufe der weiteren Verhandlungen. Die Zentrumsfraktion werde die Regierung in ihrem Willen, dieses Programm unter den obengenannten Einschränkungen durchzuführen, tatkräftig unterstützen. Sie erwarte dasselbe von den anderen Regierungsparteien.

Von der deutschnationalen Reichstagsfraktion sind inzwischen Mißtrauensentwürfe gegen den Außenminister Dr. Curtius und gegen den Reichsfinanzminister Dr. Hilferding eingegangen.

Als nächster Redner steht der deutschnationaler Abgeordnete Dr. Cuno auf der Höhe.

Abg. Dr. Cuno: Wir stellen fest, daß bei dieser wichtigen Beratung die Regierung abwesend ist und daß die größte Regierungspartei keinen Redner vorschickt. Angesichts dieser völligen Desorganisation des Parlaments beantrage wir den Abbruch der Verhandlungen.

Der deutschnationaler Verdringungsantrag wird abgelehnt. Abg. Dr. Cuno (Ztr.): Die jetzige katastrophale Lage beweist die Unzulänglichkeit des Systems und der leitenden Personen dieser Regierung. Noch vor zwei Jahren hat

Dr. Hilferding jeden, der von Staatsbankrott spricht, als wirtschaftlichen Landesverräter bezeichnet. Es handelt sich nicht um ein Kassendefizit, sondern um ein organisches Defizit. Die Schätzungen des Reichskanzlers sind noch zu optimistisch. Die Steuererträge sind im Rückgang. Der Haushalt auch der Reichsbahn steht nahe vor dem Bankrott. Der Befindlichkeit dieses Parlaments ist nur noch Aufrüstungs- und Schieberlei, das System ist eigentlich längst erledigt. Meine Herren! Sie sind ja schon tot, Sie wissen es nur nicht! (Heiterkeit.) Die Regierung desaporiert ihren eigenen Pariser Sachverständigen Dr. Schacht, der ein europäisches Ansehen genießt, dessen sich viele Reichsminister nicht erfreuen können.

Von Dr. Schacht hängt es ab, ob die Regierung am 1. Januar den Beamten die Gehälter und den Arbeitern die Löhne zahlen kann. Bei den Pariser Verhandlungen hat Reichskanzler Müller an Dr. Schacht geschrieben, es müsse angenommen werden, auch wenn sich daraus Schädigungen der deutschen Wirtschaft ergeben (Hört! Hört! recht!). Dr. Breitsheld ist gleichzeitig Dr. Schacht durch einen Artikel in den Rufen gefallen. Millionen sind von dem früheren Wirtschaftsminister, dem jetzigen Außenminister Dr. Curtius, an England und Belgien ausgeliefert worden. Herr Curtius hofft auch, die Freundschaft Polens zu erreichen durch das Abkommen, das sorgfältig gehesigelt wird. Wie kann dieser Minister sich mit einem Frontkämpfer vergleichen! Von einem Sozialdemokraten wird dem Redner zugerufen: „Sind Sie etwa Frontkämpfer?“ Dr. Cuno ruft im Laufe des Wortwechsels: „Als Kriegsbeschädigter sind Sie hoffentlich nur am Körper beschädigt und nicht am Kopf!“

Von den Sozialdemokraten kommen stürmische Proteste. Präsident Wöbe ruft Dr. Cuno zur Ordnung.

In der Fortsetzung seiner Rede sagt Dr. Cuno: „Was Sie, Herr Dr. Curtius, aus Liebe für Polen an dem deutschen Osten gefordert haben, das werden noch spätere Geschlechter empfinden!“ — Diese Bemerkung wird von der Volkspartei und den Sozialdemokraten mit lauten Pfui-Rufen beantwortet. — Präsident Wöbe erteilt Dr. Cuno den zweiten Ordnungsruf und macht ihn auf die Folgen eines dritten aufmerksam.

Abg. Dr. Cuno fährt fort: Stresemanns Freund, der englische Vorkämpfer d'Abernon, hat von einem System der Haltlosigkeit und Schwäche gesprochen. Unter diesem System haben wir seit Jahren gelitten. Reichskanzler Müller: „Seit Jahren!“ — Heiterkeit. Wir wollen mit dem Volksbegehren das deutsche Volk aufwachen gegen dieses System der Haltlosigkeit und Schwäche. (Beifall bei den Deutschnationalen.)

Abg. v. Seydel (Christl.-Nat. Bauernpt.) spricht der Regierung das Mißtrauen seiner Freunde aus. Es sei das gute Recht des Reichsbankpräsidenten, vom Youngplan abzurücken, wenn die Voraussetzungen seiner Unterfertigung nicht mehr zuträfen. Der Redner kritisiert besonders die politischen Verträge. Eine Regierung, die solche Verträge abschließt, wäre in jedem anderen Lande schon längst zum Teufel gejagt.

Abg. Dr. Hoff (D.V.) verliest eine längere Erklärung seiner Fraktion. Darin wird es begrüßt, daß die Regierung jetzt den Entschluß befundet, eine durchgreifende Finanzreform durchzuführen. Es wird bedauert, daß dies nicht schon früher geschehen ist. Bedauert wird auch das Fehlen einer organischen Reform der Arbeitslosenversicherung und die Fassung verschiedener anderer Bestimmungen. Die Erklärung schließt mit dem Satz: Wir sind bereit, dem Geist der Stunde, das zu sofortigen Handeln zwingt, zu folgen und das Programm der Reichsregierung zur Durchführung als Ganzes anzunehmen, unter der Voraussetzung, daß die übrigen Regierungsparteien die gleiche Bereitschaft bekunden.

Abg. Dr. Reinhold (Dem.) gibt gleichfalls eine Erklärung ab, in der es als notwendig bezeichnet wird, die für die Wirtschaft auf die Dauer unerträglichen Lasten zu senken. Ein Kernstück der Finanzreform müsse die Verminderung der Ausgaben der öffentlichen Hand sein. Der Haushalts für 1930 müsse deshalb dem Grundsatz äußerster Sparsamkeit Rechnung tragen. Das Programm der Regierung bedeute die Erfüllung der demokratischen Forderung, daß die Regierung in dieser Schicksalsfrage die Führung übernimmt. Die Demokraten seien deshalb, trotz vieler Bedenken in Einzelheiten, bereit, sich hinter dieses Programm zu stellen und auch das Sofortprogramm durchzuführen.

Abg. Dr. Breitsheld (Soz.) bringt in einer Erklärung zum Ausdruck, daß es unerträglich sei, wenn der Reichsbankpräsident den Eindruck zu erwecken suche, als könne er die Richtlinien der Politik bestimmen. Die sozialdemokratische Partei habe zur Regierung das Vertrauen, daß sie die Haager Verhandlungen unter völliger Wahrung der berechtigten Ansprüche Deutschlands zu Ende führen werde. Für die Schwierigkeiten der Rassenlage trage die gegenwärtige Regierung keine Verantwortung. Die Finanzreform dürfe neben der Entlastung aller Schichten der Bevölkerung nicht

das Ziel außer acht lassen, ein Reich gesunde Finanzverhältnisse zu schaffen. Die Sozialdemokratie sei bereit, an einer solchen Finanzreform mitzuwirken. Wenn sie im gegenwärtigen Augenblick zu den Grundlagen der Finanzreform nicht abschließend Stellung nehme, so vor allem deswegen, weil die unangenehme Entmischung der Finanzverhältnisse des Reiches es fraglich erscheinen lasse, ob die Voraussetzungen für eine so umfangreiche Steuerentlastung, wie die Regierung sie plane, gegeben seien.

Abg. Reich (Bayr. Vp.) erklärt, die Bayerische Volkspartei begrüße es, daß die Regierung an einer Befundung der Finanzen arbeiten will. Sie sei auch bereit, sich für das sogenannte Sofortprogramm einzusetzen. Das Regierungsprogramm enthalte aber manche Punkte, die es der Bayerischen Volkspartei aus sozialen Rücksichten, aus Gründen der Gerechtigkeit, aus innerpolitischen und aus Gründen der Zuständigkeit verbieten, das Gesamtprogramm anzunehmen. Dafür ist besonders entscheidend, daß angesichts der schwierigen Finanzlage des Reiches der Bayerischen Volkspartei das Experiment einer umfangreichen Steuerentlastung zu gewagt erscheint.

Abg. v. Lindner-Wildau (Dn. Arb.-Gem.) begrüßt das Vorgehen des Reichsbankpräsidenten, das gesagt habe, wie unter Umständen ein einzelner, wenn er die Pflicht gegenüber der Nation als oberstes Gesetz betrachte, dienstwillig handeln könne, auch wenn er sich öffentlich gegen ein ganzes System stelle. Das Memorandum Schachts könne nur den einzigen Weg haben, die veränderten Grundlagen seit Paris festzustellen und daraus den Anspruch auf Revision des Youngplans herzuleiten. Für die Deutschnationalen Arbeitsgemeinschaft, so fährt der Redner fort, kommt es nicht zuerst auf das Parteimitgliedschaft an, das der Mann auf der Regierungsbank im Kopf trägt, sondern darauf, was er uns vor schlägt und ob er die Verantwortlichkeit für seinen Vorschlag zum guten Ende zu führen. Wir diskutieren uns von der Verantwortung nicht dadurch, daß wir erklären, dieser Staat sei nicht unser Staat. Dieser Staat ist der deutsche Staat, dem wir lebens- und schicksalsverbunden sind. Das ist im tiefsten Sinne konservative Staatsauffassung. Der Redner erklärt zum Schluß, daß die Arbeitsgemeinschaft der Regierung das Vertrauen verleihe, weil sie nicht glaube, daß die heutigen Inhaber der Regierungsgewalt die notwendigen Forderungen für Staat und Wirtschaft erfüllen.

Reichskanzler Müller: Der Redner ist im Unrecht, wenn er meint, die Reichsregierung habe gar nicht geprüft, ob Dr. Schacht recht oder unrecht habe. Die Regierung hat vielmehr gesagt, daß sie auf das Memorandum antworten werde an der einzig zuständigen Stelle, im Reichstag. Anders könnten wir nicht handeln, denn draußen wurde das Memorandum aufgefaßt als ein Angriff auf die Staatsführung, auf die Regierung, die nach der Verfassung verpflichtet ist, die Politik zu führen. Einen zu starken Ton — wie Abg. Dr. Cuno behauptet — habe ich doch in meiner gestrigen sozialen Erklärung wirklich nicht gegen den Reichsbankpräsidenten angebracht.

Der Reichskanzler verliest den vom Abg. Dr. Cuno erwähnten Brief der Regierung an Dr. Schacht bei den Pariser Verhandlungen und bemerkt dazu, daß die Handlungsfreiheit der Sachverständigen dadurch nicht beeinträchtigt worden sei (Lachen und Oh-Rufe bei den Dnat.). Ja, wohl, denn Dr. Schacht stellt in seinem Antwortschreiben mit Befriedigung fest, daß die Handlungsfreiheit der Sachverständigen durch den Kabinettsbeschluss nicht beeinträchtigt sei. (Hört! Hört!) In einer grundlegenden Änderung ihrer Außenpolitik hat die Regierung keine Veranlassung. Sie erwartet, daß die eingeleiteten Verhandlungen auf der Haager Schlusskonferenz zu einem Ende geführt werden, das der Politik entspricht, die Stresemann seit Jahren geführt hat. Die scharfe deutschnationalen Artikel an dieser Politik berührt eigenartig, weil die Deutschnationalen in den Jahren 1925 und 1927 als Regierungspartei diese Politik mitgemacht haben. Diese Verantwortung wächst kein Regen von den Deutschnationalen ab.

Gegen 6 Uhr wird die Weiterberatung auf Sonnabend, 11 Uhr, vertagt.

Berständigung der Parteilührer mit der Regierung.

* Berlin, 14. Dezember. Die Besprechung der Parteilührer mit dem Reichskabinet war gegen 1/2 Uhr beendet. Ueber das Ergebnis der Besprechung wurde bekannt, daß eine Annäherung unter den Parteien stattgefunden hat. Man glaubt, daß eine Formel gefunden ist, auf deren Boden die Regierungsparteien gemeinsam treten können. Die Parteilührer haben zugestimmt, sich für die Annahme dieser Formel bei ihren Fraktionen einzusetzen. An dem Sofortprogramm wird, wie die Telegraphen-Union hört, unverändert festgehalten. Auch auf das Finanzprogramm wird in der Vertrauensformel Bezug genommen. Inhalt und Form der Vertrauensformel selbst sind bisher nicht bekannt. Eine Abstimmung fand nach der Parteilührerbesprechung nicht mehr statt.